



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2006/2009
16. Sitzung	Donnerstag, 19. März 2009 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Andreas Schweizer, Präsident
Protokoll	Stefan Ackermann, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Lisa Dikk Denise Hunziker
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates
Entschuldigt	Michael Brandmeier Christa Ochsner Hans-Ulrich Schütz Christoph Villiger Walter Leder, nach der Pause
Ende der Sitzung	21.35 Uhr

Behandelte Geschäfte	Seite
1 2009/130 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge	391
2 2009/131 Einbürgerungen	392
3 2008/123 Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) der Feuerwehr; Kredit von 462'000 Franken	394
4 2008/124 Sternenstrasse Ost, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung; Projekt und Kredit von 425'000 Franken	398
5 2009/132 Zusatzkredit Wasserversorgung (Projektanpassungen)	399
6 2009/133 Kreditvorlage Teilzonenplanrevision	403
7 2009/134 Umfrage	407

Andreas Schweizer, Präsident: Ich begrüsse Sie zur 16. Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Begrüssen möchte ich auch die Mitglieder des Gemeinderates, den Vertreter der Presse und die Gäste.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Mitglieder entschuldigt: Christoph Villiger (FDP), ihm kann ich in Abwesenheit ganz herzlich gratulieren. Er wurde am vergangenen Wochenende Vater einer Julia. Michael Brandmeier (FDP), Christa Ochsner (CVP), Hans-Ulrich Schütz (SP) und Walter Leder (CVP). Er muss nach der Pause gehen. Es sind damit momentan 36 Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt somit 19.

An der Leinwand ist jeweils der Hinweis auf das Handy. Unser neuer Sekretär hat an der letzten Sitzung auch festgestellt, dass jeder ankommende Anruf die Aufnahme des Tonbandgerätes stört. Also bitte schalten Sie die Geräte nicht nur stumm, sondern ganz aus, sonst kommen die Mobilfunksignale trotzdem und stören das Aufnahmegerät.

Zur Traktandenliste: Ich frage Sie an, ob Sie mit der vorliegenden Traktandenliste einverstanden sind.

Das Wort wird nicht verlangt.

Andreas Schweizer: Dies ist übrigens die erste Sitzung unter meiner Leitung, an der ich kein neues Ratsmitglied begrüssen und in Pflicht nehmen kann.

4 2009.130 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge

Andreas Schweizer: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 12. Januar 2009 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 4. Dezember 2008, in Rechtskraft erwachsen: Verlängerung der Pilotphase für die definitive Weiterführung Jugendnetz bis 31. Dezember 2009 mit Kosten von Fr. 10'500.-- für eine externe Evaluation und die Kreditabrechnung Sanierung Rainstrasse West (Strasse, Wasser, Abwasser).

Neueingänge gibt es keine.

Das **Protokoll** der Sitzung vom 4. Dezember 2008 wurde rechtzeitig verschickt. Innert der Frist von 10 Tagen sind dem Büro keine schriftlichen Änderungen beantragt worden, darum gilt es gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt.

Mitteilungen habe ich keine.

Max Läng, Gemeindeammann: Sie haben auf Ihren Tischen ein Blatt, auf der Vorderseite "Profil Gemeinde Obersiggenthal" und auf der Rückseite "Chancen und Risiken der Gemeinde Obersiggenthal". Das ist ein Blatt aus dem 120-seitigen Bericht, welchen ich am letzten Montag vor 16 Gemeinden aus der Region Baden vorstellen durfte. Der Bericht wird morgen abrufbar sein auf www.baden-regio.ch. Bevor Sie den Bericht drucken, beachten Sie bitte, dass es sich um 120 Seiten handelt. Auf dem Bildschirm sollte es gut lesbar sein. Ich komme im Zusammenhang mit der Teilzonenplanrevision auf dieses Blatt zurück und möchte dann das Profil erklären. Wie geht es jetzt weiter in dieser Arbeitsgruppe? Die 16 beteiligten Gemeinden haben diesen Bericht erhalten. Die Gemeinderäte haben nun bis Ende Juni Zeit, um zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Wir werden den Gemeinden einen Fragebogen zustellen

und bis Ende Juni wollen wir die Antworten haben. Die Arbeitsgruppe wird die Fragebögen auswerten und dann werden wir wissen, für welche Richtung sich die einzelnen Gemeinden entschieden haben. Auch wir werden diesen Bericht im Gemeinderat diskutieren. Erst nachher, wenn der Gemeinderat zu einem Ergebnis gekommen ist, wird - je nach Ergebnis - die Diskussion in den Einwohnerrat, die Bevölkerung, die Kommissionen etc. getragen. Sie können diesen Bericht bereits heute lesen.

Am 17. Mai wird die Volksabstimmung zur Schulreform Kleeblatt durchgeführt. Welches sind die konkreten Auswirkungen auf unsere Gemeinde? Das Elternforum Obersiggenthal wird dazu am 30. April 2008 um 20.00 Uhr im Foyer Bachmatt eine Orientierung durchführen mit fachlicher Unterstützung des BKS, mit Vertretern des Gemeinderates, der Schulpflege und der Schulleitung. Es geht um eine wichtige Abstimmung mit grossen Auswirkungen, deshalb ist diese Veranstaltung für den Einwohnerrat fast ein Muss. Das Elternforum wird versuchen, mittels Flyer jeden Haushalt auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. Notieren sie sich bitte den 30. April 2009.

Die Einwohnerratssitzung vom 15. Oktober 2009 wird entfallen, da keine Steuerfussänderung in Sicht ist. Die ordentliche Sitzung wird am 22. Oktober 2009 stattfinden.

5 2009.131 Einbürgerungen gem. Antrag

Eintreten wird nicht bestritten.

André Kummer: Wieder einmal haben wir ein Einbürgerungsgesuch, welches für uns nicht alle Bedingungen erfüllt. Ausreichende Sprachkenntnisse sind Grundvoraussetzung, damit die künftigen Schweizerbürger in der Lage sind, an politischen Entscheiden teilzunehmen. Sie müssen sich in einer der Landessprachen verständigen können. Die Sprache ist ein wichtiger Teil zur Einbürgerung. Es geht um Familie Kunasingam aus Sri-Lanka. Gemäss Protokoll beherrscht die Familie die deutsche Sprache nicht. Die Einbürgerungskommission ist der Ansicht, dass die Familie auch in Zukunft nicht in der Lage sein wird, die deutsche Sprache richtig sprechen zu lernen. In diesem Fall will man eine Ausnahme machen und die Familie trotzdem einbürgern. Wir sind der Meinung, dass die Sprache ein wichtiger Teil zur Einbürgerung ist und stellen deshalb den Antrag auf Ablehnung. Antrag: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, das Einbürgerungsgesuch der Familie Kunasingam Maheswaran sei abzulehnen. Grund: Das richtige Sprechen der deutschen Sprache ist zum heutigen Zeitpunkt bei der Familie Kunasingam Maheswaran nicht gegeben und wird in Zukunft auch nicht dazu in der Lage sein.

Marie-Louise Nussbaumer Marty, Gemeinderätin: Wenn André Kummer sagt, die Familie spreche die Sprache nicht, dann ist das so nicht korrekt. Sie kann nicht sehr gut deutsch, das ist richtig. Die beiden Erwachsenen arbeiten im Hotel du Parc, sprechen ausgezeichnet englisch und brauchen dort im Beruf auch vorwiegend englisch. Aber man kann sich mit den beiden verständigen. Wir haben auch von der Schule einen Bericht, dass man sich mit den Kindern unterhalten kann. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Dieter Martin: Ich stelle namens der FDP-Fraktion den

Antrag,

es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.

Andreas Schweizer: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind heute 36 Ratsmitglieder anwesend. Für eine geheime Abstimmung sind somit zehn Stimmen nötig.

Der Vorsitzende lässt für alle Gesuche in globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung ermitteln. Es entscheiden sich deutlich mehr als zehn Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Andreas Schweizer: Gibt es nun weitere Wortmeldungen zu den Einbürgerungsgesuchen?

Silvia Dingwall Stucki: Bei der genannten Familie hat der Ehemann, soweit ich weiss, einen Sprachfehler. Er versteht sehr viel, aber er hat Schwierigkeiten, sich auszudrücken. Das hat aber nicht mit der Sprache, sondern wahrscheinlich mit einem Sprachfehler zu tun. Die Frau hat sich gut Ausdrücken können. Wir haben das Gefühl, dass sich das auch noch verbessern wird, wenn beide Kinder zur Schule gehen. Ich bitte Sie, für die Einbürgerung dieser Familie zu stimmen.

Rolf Feitknecht: Jetzt ist nicht ganz klar, was das heisst. Du sagst, Du glaubst, er habe einen Sprachfehler. Kann man das belegen?

Silvia Dingwall Stucki: Wir haben keinen ärztlichen Bericht. Aber er hat, soweit ich mich erinnere, gestottert und Schwierigkeiten gehabt, Wörter herauszubringen.

André Kummer: Wenn jemand zwanzig Jahre in der Schweiz ist, dann sollte er es doch können. Seine Frau ist zehn Jahre in der Schweiz.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

—
Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

6 2008.123 Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) der Feuerwehr; Kredit von 462'000 Franken

Andreas Schweizer: Sie wissen, dass die Vorlage bereits im Dezember hier im Rat besprochen wurde. Es wurden Äusserungen dazu gemacht und das Geschäft wurde zurückgestellt, weil man zuerst die Finanzkommission arbeiten lassen wollte, um zuerst die klare finanzielle Situation zu sehen.

—
Eintreten wird nicht bestritten.

—
Hans Ruedi Hess, Vizeammann: Wir haben das Geschäft jetzt schon lange in Behandlung und es ist weitherum bekannt. Ich möchte trotzdem ein paar Sachen zum Allgemeinen und zum Speziellen sagen. Bei einer Vorlage der Feuerwehr gibt es immer die Frage nach der Zukunft und betrifft hauptsächlich eine allfällige Zusammenlegung von Feuerwehren. Dazu sind einige Sätze in der Vorlage enthalten. Wir haben vor gut sieben Jahren diese Frage mit einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Feuerwehr, Gemeinderat und Einwohnerrat, sehr umfassend geprüft. Wir haben praktisch alle Gemeinden um Obersiggenthal angefragt, mit dem Versicherungsamt gesprochen und sind schlussendlich, mit Ihrer Zustimmung, zum klaren Schluss gekommen, dass die Gemeinde Obersiggenthal nach wie vor eine eigene Feuerwehr

braucht. Vom Versicherungsamt wird es auch so gefordert. Insbesondere Baden, als allenfalls in Frage kommende Nachbargemeinde, ist nicht interessiert. Man konnte heute lesen, dass Baden im letzten Jahr 110 Einsätze hatte. Durchschnittlich also jeden dritten Tag einen Einsatz, an welchem mindestens die wichtigsten Leute ausrücken mussten. Das ist ein unwahrscheinlicher Aufwand und die Badener Feuerwehr ist nicht in der Lage, mit dem heutigen Personal noch zusätzliche Gemeinden, nebst Neuenhof, das voraussichtlich dazu kommt, zu übernehmen. Für eine Berufsfeuerwehr wären sie wiederum viel zu klein. Zudem haben Städte mit Berufsfeuerwehren auch noch eine Amateurfeuerwehr, welche bei Bedarf zusätzlich aufgebotten werden kann. Unsere eigenen Abklärungen haben erbracht, dass eine Zusammenlegung für uns nichts bringt, nicht nötig und nicht möglich ist. Auch die Aargauische Gebäudeversicherungsanstalt setzt voraus, dass unsere Gemeinde eine eigene Feuerwehr hat. Zu einer eigenen Feuerwehr gehört auch eine eigene Ausrüstung. Diese stimmt bei uns weitgehend. In der vergangen Zeit haben wir es immer fertig gebracht, die notwendigen Sachen zu ersetzen oder neu anzuschaffen. Wir haben aber nicht mehr angeschafft, vor allem bei den Fahrzeugen, als wir unbedingt haben müssen und vom Versicherungsamt vorgeschrieben wird. Was vom Versicherungsamt vorgeschrieben ist, wird vom Regierungsrat abgedeckt. Man kann also nicht sagen, das Versicherungsamt ist nicht massgebend und wir können trotzdem noch machen was wir wollen. Das ist nicht so. Es gibt Verordnungen und Verfügungen dazu. Unsere Feuerwehr ist weitgehend richtig ausgerüstet. Der Fahrzeugpark entspricht dem, was wir haben müssen und es ist absolut notwendig, dass die Fahrzeuge rechtzeitig ersetzt werden, und zwar in einer gewissen Reihenfolge, damit nicht plötzlich mehr als ein Fahrzeug auf einmal ersetzt werden muss. Wenn Sie heute Abend dem Rüstfahrzeug zustimmen, können wir die Reihenfolge einhalten und werden nicht in einen Stau geraten. Die Fahrzeuge und Gerätschaften sind nur die eine Seite. Mindestens ebenso wichtig, oder noch viel wichtiger ist die Mannschaft, ihr Können und ihre Motivation für den Einsatz und dies Dank einem Kader, welches hochmotiviert und sehr gut ausgebildet ist. Der Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren die Ausbildung von Kader und Mannschaft immer prioritär behandelt. Wir haben immer die notwendigen Kurse bewilligt. In den Details zum Budget sehen Sie alle Kurse, welche besucht werden. Der Feuerwehrkommission sind jeweils auch schon die Namen bekannt, welche in den nächsten Jahren einen Kurs besuchen werden. Unser Kader ist topmotiviert und weiss die Mannschaft zu begeistern. Das sieht man, wenn man die Feuerwehrübungen besucht. Unsere Feuerwehr freut es sehr, wenn Besucher kommen. Sie schätzen es übrigens auch, wenn Einwohnerräte den Übungen beiwohnen. Eingeladen ist man speziell zur Hauptübung, aber bei normalen Übungen darf man auch zusehen gehen. Da würden Sie feststellen, dass diese Leute sehr effizient und motiviert bei der Arbeit sind. Erst wenn die Übung beendet ist, haben es die Männer noch ein wenig lustig. Aber das muss auch sein. Ein zweiter Punkt, wieso es in unserer Feuerwehr gut läuft: Der Sollbestand ist gut erfüllt und in den letzten zwei oder drei Jahren hatten wir keine Probleme mit der Rekrutierung von Leuten, um die Abgänge zu ersetzen. Das ist toll, wie die jungen Leute kommen, Kollegen mitbringen und begeistert sind, wenn sie in der Feuerwehr mitmachen können. Auf der anderen Seite haben wir auch einen schönen Stand von langjährigen Feuerwehrleuten. Das ist absolut notwendig, denn pro Jahr finden acht Übungen für einen normalen Feuerwehrmann und etwa das Doppelte für Spezialisten statt. In dieser Zeit kann man nicht in ein oder zwei Jahren schon alles lernen und können. Da ist es wichtig, dass es Kollegen mit jahrelanger Erfahrung gibt. Deshalb sind wir froh, dass möglichst viele Leute lange in der Feuerwehr bleiben.

Ich komme noch kurz zu ein paar Ausführungen zum Antrag. Sie sehen, das Fahrzeug ist gut 23-jährig. Wenn Sie heute beschliessen und wir bestellen können, wird das Fahrzeug knapp 25-jährig sein, wenn das Neue kommt. Im Dezember dieses Jahres ist das Vorführen des Fahrzeuges vorgesehen. Wenn man das Aufgebot hat und belegen kann, dass das Fahrzeug innert etwa ½ Jahr ersetzt wird, kann man den Vorführzeitpunkt hinausschieben, bis das Neue da ist. Folgedessen wird das Vorführen hinfällig. Wenn das heute beschlossen wird, dann kommen wir wahrscheinlich um das Vorführen des jetzigen Pionier.

Zur Submission: Sie wissen, die öffentliche Hand untersteht dem Submissionsrecht, konkret dem Submissionsdekret. Wir halten das im Gemeinderat möglichst stur durch. Das müssen wir auch. Es ist absolute Pflicht und bei der Submission der öffentlichen Hand gibt es ein paar andere

Regeln, als bei privater Anschaffung. Die Kosten des neuen Fahrzeuges sind so hoch, dass eine öffentliche Ausschreibung erfolgen muss. Alle, die in der Lage sind, so ein Fahrzeug zu liefern, müssen ein Angebot einreichen können. Dieser Ausschreibung geht feuerwehrintern eine sehr intensive Evaluationsphase voraus. Es wird ermittelt, was das Fahrzeug alles haben muss, was es können muss, wie viel Platz es haben muss. Es gibt Vorgaben vom Versicherungsamt, zum Beispiel das Gewicht von 14 Tonnen. Die Materialien und Gerätschaften müssen zusammengestellt werden. Selbstverständlich kann man diese vom alten Fahrzeug übernehmen. Aber auch die Masse müssen beachtet werden, damit das Material passt. In etlichen Sitzungen der Feuerwehr-Arbeitsgruppe ist das passiert, damit am Schluss eine spezielle Liste für die Lieferanten abgegeben werden konnte. Darin konnten die Lieferanten Preise einsetzen. Es sind fünf Dossiers verlangt worden, es kamen zwei Angebote. Ein Drittes von einem bekannten Hersteller wurde aus Kapazitätsgründen nicht abgeliefert. Es sind also nur zwei in der Lage gewesen, in der vorgegebenen Zeit das Fahrzeug auszurüsten. Die beiden Eingaben sind weit auseinander. Einer war rund 15 % teurer. Zudem wollten wir das alte Fahrzeug an Zahlung geben. Der Rücknahmepreis war beim günstigeren Anbieter 12'000 Franken und beim teureren 5'000 Franken. Nochmals ein massiver Unterschied bei den eingegangenen Angeboten. Der Einwohnerrat kann selbstverständlich heute die Vorlage ablehnen. Das Submissionsrecht sieht das entsprechend vor. Die Ausschreibung ist unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Gemeinde - also den Einwohnerrat - erfolgt. Es würde uns nichts passieren. Auch der Gemeinderat könnte die Submission jederzeit abbrechen. Wir wären den Anbietern keine Rechenschaft schuldig. Wir können aber nicht Abgebotsrunden machen. Das ist auch richtig so. Die Unternehmer wissen genau, dass in der öffentlichen Submission der Preis angegeben werden muss. Und dieser Preis gilt. Da gibt es keine Abgebotsrunden wie im privaten Bereich, wenn man mehrere Anbieter gegeneinander ausspielen will. Auch nachträglich Prozente einhandeln ist nicht möglich.

Zur Frage an der letzten Einwohnerratssitzung wegen der Neuausschreibung: Ich habe nachgefragt und nachfragen lassen durch Fachleute der Feuerwehr und habe überall etwa die gleichen Antworten erhalten. Der Feumotech hat beim Chassis und Kabine die Teuerung ab 1. Januar 2009 von ca. 2.9 % nicht eingerechnet. Wir haben also den letztjährigen Preis. Wenn wir es dieses Jahr bestellt hätten, hätten wir die Teuerung auch bezahlt. Das gleiche hat die MAN gesagt, da waren es 4 %. Renault hatte Ende Januar 2009 Preiserhöhung. IVECO hatte keine Preiserhöhung, aber auch keine Aussicht auf andere Preise. Das ist der Unterschied vom Nutzfahrzeugmarkt zum Personenfahrzeugmarkt. Die Nutzfahrzeuge werden praktisch nur auf Bestellung fabriziert. Natürlich gibt es bei einzelnen Fahrzeugen, dass bei 50 Bestellungen gleich 70 hergestellt werden und 20 an Lager sind. Aber es ist auf keinen Fall so wie bei den PWs, wo einfach hergestellt wird, bis der Lagerplatz voll ist. Chassis und Kabine sind nur ein Teil des Fahrzeuges, der andere Teil ist der Aufbau. Da ist gar nichts drin. Die beiden Anbieter sind sehr gut ausgelastet und wenn wir jetzt mit der Bestellung kämen, wäre die Lieferfrist viel länger. Die Materialkosten machen bei diesen beiden Komponenten, beim Chassis wie auch beim Aufbau, einen relativ geringen Anteil aus, weil das alles sehr stark verarbeitete Materialien sind und darum preislich nicht stark ins Gewicht fallen, wenn die Rohstoffe (Stahl, Aluminium) günstiger werden. Bei einer Neuausschreibung wäre es so, dass die beiden Anbieter die Konkurrenzpreise kennen würden. Der eine wird nicht unter den tieferen gehen können und der andere wird versuchen, einen höheren Preis zu machen. Der Gemeinderat ist der Meinung, wir haben ein faires Verfahren gestartet, es ist ein deutlicher Unterschied herausgekommen. Der Unterschied ist so hoch, dass mit grösster Wahrscheinlichkeit kein tieferes Angebot herauskäme, wenn wir nochmals ausschreiben würden. Darum möchten wir Sie bitten und empfehlen das auch vom Gemeinderat, dieser Vorlage zuzustimmen und nicht nochmals eine zweite Runde auszuschreiben. Zudem ist es der Feuerwehr nicht zuzumuten, das ganze Spiel nochmals zu machen. Das jetzige Fahrzeug müsste zum Vorführen bereit gestellt werden. Die Zeit würde nicht mehr reichen. Das gibt immer umfangreiche Abklärungen. Ich bitte um Zustimmung. Gibt es Fragen?

Armin Schmid: Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag zur Beschaffung des Rüstfahrzeugs Pionier zu. Die Feuerwehr sorgt rund um die Uhr für die Sicherheit der Bevölkerung. Damit ist sie auf intaktes Material und einsatzbereite Fahrzeuge angewiesen. Mit dem 23-jährigen Pionier kann

diese Einsatzbereitschaft nur noch schwer sichergestellt werden. Die zu erwartenden Kosten, um das Fahrzeug nochmals Vorführen zu können, wären viel zu hoch. Die Anforderungen an ein neues Fahrzeug haben sich in den letzten 20 Jahren verändert. Der Aufbau ist so konstruiert, dass man den Platz besser ausnützen kann. Material, welches bis jetzt bei Ersteinsätzen aus Platzmangel nicht mitgenommen werden konnte, kann im neuen Fahrzeug sauber verstaut werden. Der Pionier hat in der Feuerwehr einen sehr hohen Stellenwert. Der Ersatz stellt in keiner Weise einen Luxus dar. Wenn es um die Sicherheit unserer Bevölkerung geht, möchte ich mich nicht auf ein 25-jähriges Fahrzeug verlassen müssen.

Peter Stucki: Ich glaube auch, das Fahrzeug ist alt genug, um ersetzt zu werden, aber noch zu jung, um als Oldtimer Emotionsschübe auszulösen. Und ich glaube, der Rat muss wieder einmal ein Signal an die Bevölkerung aussenden. Wir haben mit Mühe und Not eine Steuerfuss-erhöhung von 2 % durchgebracht und erzählen der Bevölkerung danach, dass wir 10 % mehr Steuern eingenommen haben als geplant. Das ist relativ unglaubwürdig. Noch ein paar Runden später wollen wir den Pionier ersetzen. Die Möglichkeiten, im Rat ein Signal auszusenden, sind meiner Meinung nach sehr beschränkt. Das ist eine der wenigen Möglichkeiten. Wir müssen keine Leistungen abbauen, wir haben ein intaktes Fahrzeug, wir müssen ein wenig reinstecken und wir müssen so handeln, wie es der Stimmbürger auch tun würde. Wenn man kein Geld hat, dann muss man halt zwei oder drei Jahre warten, bis man wieder ein neues Fahrzeug anschaffen kann und inzwischen mit dem Alten zurecht kommen. Ich lehne den Antrag ab, nicht weil ich meine, dass wir kein Feuerwehrauto brauchen, sondern weil ich der Bevölkerung ein Signal aussenden möchte. Der Feuerwehr möchte ich bei dieser Gelegenheit danken für ihre tolle Arbeit.

Paul Vogelsang: Wir haben gehört, das Fahrzeug ist 25-jährig. Wenn ich mich richtig erinnere, müssen wir etwa 70'000 Franken reinstecken. Ein weiteres Problem ist die Beschaffung von Material, welches man für dieses Fahrzeug nicht mehr erhält. Also werden wir es nicht mehr lange haben können. Dann müssen wir halt in einem Jahr ein neues kaufen. Deshalb stelle ich den Antrag, dem Kredit für den Fahrzeugkauf sei zuzustimmen.

Walter Leder: Mich hätte nur interessiert, ob allenfalls die Frist für die Fahrzeugvorführung verlängert werden könnte. Wir haben selber festgestellt, dass bei meinem Arbeitgeber aufgrund der Finanzkrise die Kunden erwarten, dass wir ihnen mit den Preisen massiv entgegenkommen. Konkretes Beispiel: Wir haben einen Kunden, welcher gerne für eine Leistung, welche wir ihm im Dezember verkauft haben, im neuen Jahr 12 % Rabatt hätte. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Fahrzeugbauer auf den Preisen beharren können, welche sie damals abgegeben haben. Dazu kommt ja noch, dass die Firma Vogt AG damals aus Kapazitätsgründen kein Angebot machen konnte. Heute würde sie vielleicht gerne ein Angebot machen. Darum bitte ich den Gemeinderat zu klären, ob das Vorführen um ein paar Monate verschoben werden könnte und wir das Geschäft nochmals erhalten. Wir sind einfach verpflichtet, hier wenn möglich Sparpotential herauszuholen. Meine Frage: Will man klären, ob der Vorführtermin hinausgeschoben werden kann, damit wir Zeit haben, nochmals so eine Offertrunde zu starten.

Hans Rudolf Hess: Wir haben das bereits geklärt und einkalkuliert. Die Verlängerung müssen wir bereits heute verlangen, bis wir das neue Fahrzeug erhalten. Das wäre mindestens ein halbes Jahr. Der Liefertermin ist etwa Mitte Jahr, am 1. Juli 2010. Vorführtermin wäre jetzt im Dezember. Das ist schon abgeklärt. Mehr geht nicht. Dann müssten wir das Fahrzeug vorführen, vielleicht nicht gleich für 70'000 Franken, aber immerhin, man müsste es wieder bereitstellen, wie es Private auch tun müssten. Zu den Angeboten: Ich habe es bereits erklärt. Die öffentliche Submission läuft ein wenig anders. Wer ins Geschäft kommen will, muss alle Rabatte einbauen, welche ein Privater auch erhalten könnte. Deshalb ist das Angebot sicher ausgereizt. Die öffentliche Hand investiert tendenziell jetzt eher mehr. Man wird auch dazu aufgefordert, den Wirtschaftsmotor in Gang zu halten. Deshalb ist nicht anzunehmen, dass in diesem Bereich die Aufträge zurückgehen.

Adrian Schmid: Die EVP-Fraktion steht einstimmig hinter dieser Vorlage und ist der Meinung, dass die Ersatzbeschaffung dieser 23-jährigen Geräte ein Problem ist. In der Vorlage sind aber trotzdem einzelne Sachen aufgefallen, die Fragen aufgeworfen haben. Zum Beispiel ist erwähnt, dass das Martinshorn teilweise stumm bleibt. Und das heutige Material passt nicht mehr in die damaligen Halterungen und rutscht auf dem Boden des Fahrzeugs hin und her. Das wirft zwei Fragen auf, welche die Sicherheit angehen. In Zukunft sollten solche Gefährdungen und Risiken eliminiert werden, egal was es kostet.

Hans Rudolf Hess: Meines Wissens ist das Martinshorn mittlerweile repariert. Es darf nicht sein, dass es stumm bleibt. Dies ist einfach ein Beispiel für Mängel, die mit der Zeit auftauchen. Die

Halterungen waren für das damalige Material. Und jetzt passt es nicht mehr. Die Feuerwehrmänner haben nun so gut wie möglich gebastelt. Einzelnes Material wird im Magazin gelassen und später mit einem anderen Fahrzeug geholt. Das bringt im Notfall einen grossen Aufwand. Was aber für die Sicherheit der Mannschaft notwendig ist, wird schon repariert.

Linus Egger: Ich habe nichts zum Feuerwehrauto zu sagen. Ich möchte etwas richtig stellen. Es ist an der letzten Sitzung schon eine falsche Aussage gemacht worden und heute wieder. Wir haben nicht 10 % mehr Steuereinnahmen. Wir haben 5.6 % mehr. Der grösste Teil davon kommt aus Erbschafts- und Schenkungssteuern, und ich bitte den Rat, wenn man schon mit Zahlen jongliert, dann mit solchen die man kennt und sachlich sind. Danke schön.

Andreas Schweizer: Kommen wir zur Abstimmung. Es wird ausgezählt.

Abstimmung

Dem Antrag um Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) der Feuerwehr mit einem Kredit von 462'000 Franken wird mit 33 ja, 1 nein und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

7 2008.124 Sternenstrasse Ost, Nussbaumen: Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung; Projekt und Kredit von 425'000 Franken

Andreas Schweizer: Auch dieses Geschäft ist bereits im Dezember auf dem Tisch des Hauses gewesen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Fabian Humbel, Gemeinderat: Auch dieses Projekt hat eine Ehrenrunde angehängt und hat zuerst die Prüfung der Arbeitsgruppe Finanzen mitgemacht. Es ist eine siebenseitige Vorlage. Das ist einiges mehr, als bei solchen Projekten üblich. Das ist die direkte Auswirkung des Vorstosses von Erich Schmid, welcher aufgezeigt hat, dass der Rat bereits in der Vorlage umfangreichere Informationen in solchen Projekten will. Der Rat will wissen, welche Varianten und welche Alternativen geprüft wurden und warum welche Alternativen verworfen wurden und wie man zu dem vorliegenden Projekt gekommen ist. Ich hoffe, wir haben das Anliegen von Erich Schmid mit dem gewählten Vorgehen einbringen und das Informationsbedürfnis des Rates befriedigen können.

Sie haben gesehen, dass es darum geht, einzelne Kanalisationen neu zu machen. Es gibt verschiedene Abschnitte. Es gibt Bereiche, die neu gebaut werden müssen. Es gibt einen Bereich, in welchem die Leitung nicht ausgegraben und ersetzt, sondern in die bestehende, zu grosse Leitung, eine neue, kleinere hineingeschoben wird. Im Bereich Wasser wird eine neue Wasserleitung benötigt. Sie ist zu klein und mit 85 Jahren sehr alt. Wir hatten in jüngster Vergangenheit drei Wasserleitungsbrüche auf dieser kurzen Leitung. Das ist ein deutliches Zeichen, dass dieser Abschnitt im Zuge der laufenden Erneuerungen ersetzt werden muss, damit wir nicht in einen Stau kommen.

Im Mittelpunkt steht der Strassenbau. Der Strassenabschnitt, welchen wir sanieren möchten, gehört zu den 3.8 % der schlechtesten Strassen unserer Gemeinde. Das ist die schlechteste Kategorie an Strassenzuständen, welche in der aktualisierten Strassenzustandstabelle überhaupt noch erfasst wird. Die Varianten haben wir aufgezeigt: Einschichtig anstelle zweischichtiger Aufbau, Restflächen, die wir belassen würden. Das wurde alles geprüft. Wir sind zum

Schluss gekommen, dass uns das Nachteile bringt und wir deshalb dem Rat für den neuen Strassenaufbau die normale Vorgehensweise beantragen.

Im Bereich der Einlaufschächte und im Bereich der Randsteine sind gewisse Teile vorgesehen, aber wir können noch nicht im Detail sagen, welche es sein werden. Erst beim Abbruch wird man sehen, welche so schlecht sind, dass sie ersetzt werden müssen und welche geflickt werden können. Was sinnvoll ist, wird geflickt, das andere ersetzt. Wir haben aber nicht alle Schächte und Randsteine im Detail geprüft. Dies würde viele Arbeitsstunden kosten und im Endeffekt nichts bringen, weil Defektes so oder so ersetzt werden muss.

Es gibt noch weitere Werkleitungsbauten, an welchen sich auch die Kabelwerke beteiligen. Nebst der Cablecom und der EGS werden sich auch die Regionalwerke mit den Gasleitungen beteiligen. Alles in allem ist ein Kredit von 425'000 Franken vorgesehen, welchen wir Ihnen beantragen. Im Investitionsplan waren ursprünglich höhere Beträge eingesetzt, als nun tatsächlich benötigt werden. Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung. Ansonsten bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Rolf Feitknecht: Wir haben die Unterlagen geprüft und festgestellt, dass es wirklich notwendig ist. Nebenan wird gebaut und ich denke nicht, dass man das einfach so lassen kann. Auch die Wasserversorgung wird neu gemacht. Darum ist die SVP der Meinung, dass man diesem Antrag zustimmen muss.

Erich Rinderknecht: Die FDP-Fraktion steht einstimmig hinter dem gemeinderätlichen Antrag, aus zwei Hauptgründen: Die Vorlage beurteilen wir als umfassend und sie zeigt die seriöse Aufarbeitung dieses Sanierungsprojektes deutlich auf. Den Zeitpunkt für diese Realisierung beurteilen wir als ebenfalls richtig, denn wir können von der Mitbeteiligung dieser Partnerwerke nur profitieren. Wenn das Projekt heute nicht realisiert wird, müssten wir später vielleicht sogar mit anteilmässigen Mehrkosten für unsere Gemeinde rechnen. Die FDP steht einstimmig hinter der Realisierung dieses Projektes.

Bettina Lutz Güttler: Auch die CVP-Fraktion stützt den Antrag des Gemeinderates. Wir möchten zuerst unseren Dank aussprechen für die gut ausgearbeitete Vorlage. Wir haben darin gesehen, dass mit Varianten gearbeitet wurde, man hat die günstigste Lösung - nicht die billigste, sondern die günstigste Lösung - gesucht und ist zu einer unkonventionellen Lösung gekommen. Es ist uns klar, dass diese Strasse und diese Leitungen saniert werden müssen. Es liegen eindrückliche Bilder vor. Es geht um den Schutz unseres Grundwassers. Die Vorlage leuchtet ein und überzeugt, weshalb wir den Antrag des Gemeinderates unterstützen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Dem Projekt und Kredit von 425'000 Franken für die Sanierung Sternenstrasse Ost; Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung wird einstimmig zugestimmt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

8 2009.132 Modernisierung Wasserversorgung; Ersatz Steuerung; Neubau Reservoir Kirchdorf; Projektoptimierung und Nachtragskredit von 222'000 Franken

Eintreten wird nicht bestritten.

—

Fabian Humbel: Wir müssen Ihnen heute Abend leider einen Nachtragskredit präsentieren. Das ist unschön und das bedauern wir auch. Wir hätten Ihnen gerne von Anfang an den richtigen Kredit vorgelegt. Mit diesem Nachtragskredit wird nicht das gesamte Projekt umgestossen und wir machen nicht etwas völlig anderes als Sie ursprünglich bewilligt haben. Sie haben uns bereits im Juni des letzten Jahres 3.1 Millionen Franken für die Erneuerung der Wasserversorgung bewilligt und wir kommen jetzt mit diesen 7 %, die wir als Nachtrag benötigen. Das Projekt ist sehr komplex. In dieser Komplexität liegt auch der Grund für den Antrag. Die Kosten dieses Nachtragskredits für die Investitionen von 222'000 Franken resultieren aus Mehr- und Minderinvestitionen und vor allem aus gewissen Massnahmen, die wir ins jetzige Paket nehmen müssen und zu einem späteren Zeitpunkt im Investitionsplan gewesen wären. Diese Kosten sind mit rund 400'000 Franken aufgeführt. Die Gebührenhöhe, die dieser Investitionsplanung zugrunde gelegt wurde, wird durch den Nachtrag nicht tangiert. Es gibt Änderungen im Projekt und es gibt Vorzüge, jedoch grundsätzlich keine Auswirkungen auf die Gebühren.

Warum kommen wir an den Punkt, an dem wir jetzt sind? Fabian Humbel zeigt Folien am Hellraumprojektor und erläutert: Auf dem Schema dieser Folien sehen Sie das Reservoir Kirchdorf, die Reservoir Grüt I und II und die Druckzone. Die Idee war, das Reservoir Kirchdorf zu vergrössern. Dadurch hätte man die ganze Druckzone mit dem Reservoir Kirchdorf versorgen können, wenn man das Reservoir Grüt hätte reinigen müssen. Das setzt voraus, dass die Druckverhältnisse in den Leitungen stimmen, damit das System funktioniert. Das Berechnungsmodell der Druckverhältnisse ist im Zuge der Vorbereitungen der Modernisierung Wasserversorgung gerechnet worden. Wir haben dem Ingenieurbüro den Auftrag gegeben - und da komme ich zu einer Frage, die an der Informationssitzung der Fraktionspräsidenten gestellt worden ist - das Generelle Wasserversorgungs-Projekt (GWP) und die Rohrnetzmodell-Darstellung anzufertigen. Der Anteil für die Messungen von diesem Rohrnetzmodell war innerhalb von 1'000 Franken. Bei den Kriterien wurde der Preis zu 40 % gewertet und der Rest mit Erfahrung und Qualität. Sie sehen, das Modell wurde berechnet. Bei Berechnungen kann es sich in einer gewissen Bandbreite bewegen, ohne dass es danach Auswirkungen hat. Für die Überprüfung der Berechnungen war vorgesehen, vor Ort die Messung zu eichen. Das Problem war, dass das Ingenieurbüro die Messungen nicht oder nicht mehr eichen konnte. Wir hatten allerdings vom Ingenieurbüro die ausdrückliche Zusicherung der Fachleute, dass sich die gemachten Berechnungen innerhalb dieser verträglichen Bandbreite bewegt. Aus diesem Grund haben wir unsere Planung weitergeführt. Aber wir verzichteten nicht auf die Eichung der Messungen. Die Alternative wäre gewesen, die Planung einzustellen, warten bis die Eichungen gemacht werden konnten und dann weiterarbeiten. Zu diesem Zeitpunkt und auf Grund der Aussagen der Fachleute haben wir die Planung weitergeführt. Ein wichtiger Punkt ist: Wir waren noch nicht beim Baubeginn, sondern bei der Vorprojektphase, in welcher Korrekturen, wie sie heute gemacht werden müssen, ohne weiteres möglich sind. Die entsprechenden Eichungsmessungen wurden durch eine andere Firma ausgeführt - selbstverständlich nicht auf unsere Kosten - und diese Messungen haben Abweichungen ergeben, die teilweise eben ausserhalb der verträglichen Bandbreite gewesen sind. Das Ergebnis wäre nun gewesen, dass ein Reservoir voll gewesen wäre und die anderen noch nicht. Das heisst, Kirchdorf wäre noch nicht voll gewesen und die Pumpen hätten weiter gefördert, und das Reservoir Grüt wäre - theoretisch - überflutet. Das kann man mit teuren und technisch komplexen Klappensteuerungen ausgleichen. Das zweite Problem war, dass das Reservoir Kirchdorf nicht mehr die ganze Druckzone versorgen könnte, wenn das Reservoir Grüt saniert werden müsste. Das würde zu Unterdrücken führen. Das ist für Leitungen sehr schlecht. Wir haben Alternativen geprüft und sind dann zu den Massnahmen gekommen, die wir Ihnen nun vorschlagen: Das Reservoir Kirchdorf verkleinern, und im Reservoir Grüt eine Möglichkeit schaffen, damit wir immer zwei Kammern haben. So steht immer eine Kammer zur Verfügung, wenn die andere gewartet wird. Dazu gäbe es zwei Möglichkeiten: Entweder das Reservoir Grüt behalten und noch latent weiterführen, bis teure Sanierungsmassnahmen notwendig würden und es wären auch Massnahmen nötig gewesen, um es an der Steuerverteilung anzuhängen, oder, und das ist was wir vorsehen, aus dem einkammrigen Reservoir Grüt II ein zweikammriges Reservoir zu machen und dann das Reservoir Grüt I ausser Betrieb zu nehmen. Dabei haben wir festgestellt, dass wenn wir das Reservoir Grüt II zweikammrig machen, dann können wir bereits die Netzverbindungen zwischen den Druckzonen vorziehen, das Reservoir

Grüt I ausser Betrieb nehmen und schlussendlich dann das Reservoir Hertenstein ausser Betrieb nehmen. Hier können wir die entsprechenden Synergien nutzen. Ich habe bereits erwähnt, dass zu einem späteren Zeitpunkt im Investitionsplan Gelder für diese Massnahmen vorgesehen gewesen wären. Diese fallen später weg und kommen in das vorliegende Projekt.

Insgesamt, und da möchte ich auch allfällige Unsicherheiten korrigieren - insgesamt ist das Projekt unseres Erachtens solide und seriös geplant. Es gab eine Abweichung in einer Grundlage. Diese wurde korrigiert und angepasst. Das Projekt ist auf gutem Kurs. Sie haben gesehen, wir konnten den Nachtragskredit aufgrund der Ausschreibung, welche wir für den Neubau des Reservoir Kirchdorf schon machen konnten, reduzieren. Wir hatten im Reservoir Kirchdorf bessere Offerten als man ursprünglich eingeplant hatte. Das hat uns erlaubt, den Kredit ein wenig zu reduzieren. Und das Reservoir Kirchdorf liegt auch gut auf Kurs, damit wir bald mit dem Bau beginnen können. Das Prüfungsverfahren beim Kanton ist vorbei und wir haben die Bewilligung ohne grössere Auflagen erhalten. Das zeigt, dass seriös gearbeitet wurde.

Hans Peter Uehli als Präsident der Wasserkommission zeigt Ihnen noch ein paar Punkte im Bereich Finanzen auf und ich stehe Ihnen selbstverständlich für Fragen zur Verfügung. Ein Nachtragskredit ist eine unschöne Sache. Die Komplexität dieses Projekts ist sicherlich einmalig. Ich bitte Sie, diesem Geschäft zuzustimmen, damit wir auch in Zukunft sichere und brauchbare Anlagen in diesem Gebiet haben werden.

Willi Graf: Zum Verständnis: Du hast von Unterdrücken in der Druckzone gesprochen. Ich nehme an, es sind kleinere Drücke?

Fabian Humbel: Wenn wir bei einem Reservoir nicht mehr das selbe Niveau halten können wie beim anderen, dann fehlt an einem Punkt das Wasser und somit auch der Druck. Ich hoffe, Dir genügt diese Laienerklärung.

Hans Peter Uehli: Bei dieser Gelegenheit bedanke ich mich bei Fabian Humbel ganz offiziell dafür, dass er in den letzten 3 ¼ Jahren fast ohne Ausnahme an den häufigen und zum Teil sehr langen Sitzungen der Wasserkommission teilgenommen und aktiv mitgewirkt hat.

Zuerst möchte ich Ihnen eingestehen, dass es mir persönlich äusserst peinlich ist, Ihnen - in einer Zeit, in welcher vermehrt vom Sparen gesprochen wird - einen Nachtragskredit unterbreiten zu müssen.

Die Modernisierung der Wasserversorgung ist ein sehr komplexes Projekt. Es ist nicht mit der Beschaffung eines Veloständers vergleichbar, welchen man im Katalog auswählt und dann mit einer mehr oder weniger verständlichen Montageanleitung und einer Teilchenliste zusammenstellen kann. Die Modernisierung der Wasserversorgung ist ein mehrstufiges Projekt: Zuerst erfolgt der generelle Wasserversorgungsplan, dann das Vorprojekt, dann das Hauptprojekt, aufgeteilt in mehrere Teilprojekte und schliesslich die Realisierung, die Praxistests und die Inbetriebnahme. Und in jeder Phase wird man wieder gescheitert. So auch bei diesem Projekt. Wenn wir das von Ihnen bewilligte Projekt nicht ändern, laufen wir Gefahr - wie Fabian Humbel bereits erklärt hat - dass in der Nacht, wenn die Pumpen das Grundwasser in die Reservoir pumpen, die Reservoir Grüt und Stieg überfluten, bevor das Reservoir Kirchdorf gefüllt ist. Noch schlimmer wird es tagsüber: Wenn viel Wasser bezogen wird, laufen wir Gefahr, dass in der Druckzone Nussbaumen ein Unterdruck entsteht, aus den Wasserhähnen und Hydranten kein Wasser mehr fliesst und sogar Luft ins Leitungsnetz gesogen wird. Leider haben wir diese Erkenntnis erst nach der Kreditbewilligung vom Einwohnerrat gewonnen, nachdem das externe Ingenieurbüro, welches von der Wasserkommission ausgesucht worden ist, die hydraulischen Parameter aus unserem Leitungsnetz ausgemessen hat.

Auf die Ursachenforschung dieser Panne und die notwendigen technischen Änderungen möchte ich nicht mehr eingehen, das hat Fabian Humbel bereits gemacht. Dafür möchte ich

aber noch ein Auge auf die finanziellen Konsequenzen werfen. Ich möchte Sie mit dieser Folie auf das Verhältnis zwischen den laufenden Investitionen und dem Projekt Modernisierung der Wasserversorgung aufmerksam machen. Hans Peter Uehli erläutert Folien am Hellraumprojektor. Die laufenden Investitionen der Wasserversorgung fliessen in die Erweiterungen vom Leitungsnetz bei den Erschliessungen von neuem Bauland und dem Ersatz von maroden Leitungsnetzen, von veralteten Quellen und Pumpenanlagen.

Das Projekt Modernisierung Wasserversorgung besteht vor allem aus dem Ersatz vom museumsreifen Leitsystem, dem Neubau des Reservoirs Kirchdorf und dem Umbau des Reservoirs Grüt.

Hans Peter Uehli zeigt an Folien, dass das gesamte Projekt um ein Jahr nach hinten verschoben wird. Der Nachtragskredit ist im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen in der Wasserversorgung relativ gering. Ebenso sind die Schätzungen der Investitionen zum Zeitpunkt des Kreditantrags und die Investitionen nach der Projektänderung ersichtlich. In der ersten Projektphase müssen auf Grund dieser neuen Erkenntnisse Investitionen vorgezogen werden, welche erst später im Investitionsplan vorgesehen gewesen wären, wie zum Beispiel die Ausserbetriebnahme der beiden Reservoirs Hertenstein und Grüt I sowie der Netzzusammenschluss der Druckzone Stieg und Hertenstein. Der einzig echte Mehraufwand ist das Doppelkammersystem im Grüt, welches aber wieder mit Minderaufwendungen kompensiert wird, so dass die Gesamtinvestitionen von 11.9 Millionen Franken in 19 Jahren unverändert bleiben. Auf der aufgelegten Folie zeigen die Kurven der Schätzungen der Gesamtinvestitionen zum Zeitpunkt des Kreditantrags und zum heutigen Zeitpunkt, dass die Gesamtinvestitionen praktisch gleich hoch sind. Bei diesen Kosten handelt es sich immer noch um Schätzungen, mit Ausnahme der Baumeisterarbeiten für das Reservoir Kirchdorf, für welches bereits eine Submission durchgeführt worden ist.

Zum Schluss muss ich nochmals betonen, dass die gesamten laufenden Kosten und die gesamten Investitionen, inklusive der Kapitalzinsen durch Erschliessungsgebühren, und die Gebühren für den Wasserbezug abgedeckt sind. Die 220'000 Franken Nachtragskredit werden deshalb keinen Einfluss auf die Wassergebühren haben. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Michael Weber: Die CVP Obersiggenthal hat das Geschäft geprüft und war verwundert über diesen Zusatzkredit. Die Erklärung über die Mehrkosten, respektive die Umwandlung der Kosten, haben wir gesehen und nehmen sie zur Kenntnis. Unserer Meinung nach ist es sechs Monate nach der Kreditvergabe gewagt zu behaupten, es gäbe keine Mehrkosten, es bewege sich im selben Rahmen. Es wird sich zeigen, ob es sich so verhält. Die CVP-Fraktion wird das Geschäft kritisch im Auge behalten und gegebenenfalls auf die eben gemachte Aussage zurückkommen. Gesamthaft stimmen wir aber dem Kreditbegehren zu.

Jetzt noch ein paar persönliche Bemerkungen: Wir sprechen von der schlechten Wirtschaftslage, wir sprechen von Steuererträgen in unserer Gemeinde, wir sprechen von Lehrstellen, welche man im Umfeld unserer Gemeinde sichern sollte, wir seien eine Energiestadt... und dann stelle ich fest, nach welchen Kriterien Arbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau Wasserreservoir Kirchdorf vergeben werden. Mir ist klar, dass es eine Submissionsverordnung und entsprechende Richtlinien gibt, welche eingehalten werden müssen. Wenn man aber die Kriterien genauer ansieht, stellt man fest, dass die Punkte den Ausschlag gegeben haben, welche meiner Meinung nach sehr schlecht bis überhaupt nicht kontrollierbar sind. Man müsste sich überlegen, ob die Aufträge im Bereich unserer Gemeinde dem Richtigen vergeben worden sind. Wir haben gerade festgestellt, dass im Zusammenhang mit dieser Planung Fehler passiert sind und zwar von renommierten Firmen. Das sind ein paar kritische Gedanken von mir im Zusammenhang mit Arbeitsvergaben in unserer Gemeinde.

Hans Peter Uehli: Das ist das falsche Projekt, um eine solche Kritik anzubringen. Wir haben uns für das neue Leitsystem sehr viel Mühe gegeben, die Ausschreibung mit 60 % Preis und 40 % Qualität vorzunehmen. Wir haben in mehreren Sitzungen die Qualitätskriterien, welche wir ver-

langen, und dazu gehört auch die Energieeffizienz, die sie angesprochen haben, sehr genau bestimmt. Das ist ein sehr gutes Beispiel um aufzuzeigen, dass die Gemeinde nicht nur nach dem Preis an den besten Anbieter vergibt, sondern dass nach dem Submissionsreglement auch Qualitätskriterien berücksichtigt werden können. Das haben wir auch gemacht.

Michael Weber: Ich möchte präzisieren: Ich spreche nicht vom Leitsystem, sondern von der Vergabe der Arbeiten vom Reservoir Kirchdorf.

Fabian Humbel: Ich nehme gern Stellung zur Aussage betreffend "keine Mehrkosten". Wir reden vom heutigen Planungsstand. Dieser kann mit der Projektänderung unbeeinflusst bleiben. Die Gebührenhöhe ist nicht tangiert. Die Bauabrechnung hat eine Planungsgenauigkeit von zweistelligen Abweichungsfaktoren und diese müssen in Kauf genommen werden. Die Aussage über die Mehrkosten bezieht sich immer relativ auf den heutigen Stand und sicher nicht auf den Zeitpunkt, wenn alle Ausschreibungen gemacht worden sind. Das möchte ich klar betonen.

Zur Arbeitsvergabe: Ich verstehe, dass es für einheimische Gewerbetreibende und teilweise auch für die Gemeinde unbefriedigend ist, wenn einheimische Gewerbetreibende nicht zum Zuge kommen. Allerdings muss betont werden: Das Submissionsdekret lässt keinen Spielraum. Wir müssen nach den festgelegten Kriterien die Vergaben machen und es gibt keinen Einheimischen-Bonus. Es gab eine Zeit, als man beim Preis einen Prozentsatz einsetzen konnte, wenn es um Einheimische ging. Das wurde ganz klar als rechtswidrig bezeichnet. Zur Kriterienwahl: Ob die Qualitäts- oder Erfahrungskriterien, welche bei dieser Vergabe ausschlaggebend waren, wirklich so unmassgebend sind bei diesem Projekt, möchte ich bezweifeln. Die Umweltkriterien, welche ich aus einem Verband, dem ich angehöre, kenne, sind nicht einfach zu bewerten, und noch schwieriger zu überprüfen. Der Preis alleine ist bei einem solchen Projekt nicht das einzige Kriterium. Die Wasserkommission, der Brunnenmeister, die Bauverwaltung und der Ingenieur haben sehr grosse Aufwände betrieben, um die Kriterien seriös festzulegen. Es ist wichtig, dass wir nicht angreifbar werden. Es muss eine klarere Entscheidung mit klarer Sachlage vorliegen. Das dümmste, was passieren könnte, wäre eine Submissionsbeschwerde. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an die Wasserkommission für ihre Arbeiten.

Abstimmung

Die Änderungen und Optimierungen für das Projekt "Modernisierung der Wasserversorgung", Ersatz Steuerung, Neubau Reservoir Kirchdorf und Umbau Reservoir Grüt, werden genehmigt und hierfür wird ein Nachtragskredit von 222'000 Franken, brutto inkl. MwSt., Preisstand 4. Quartal 2008, mit 35 Ja-Stimmen und einer Enthaltung bewilligt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

9 2009.133 Allgemeine Nutzungsplanung Teilzonenplanrevision Kredit von 142'000 Franken

Andreas Schweizer: Nachdem Walter Leder nach der Pause nicht mehr anwesend ist, sind wir 35 anwesende Einwohnerräte, das absolute Mehr beträgt 18.

Eintreten wird nicht bestritten.

Max Läng: An der März Sitzung 2007 haben wir praktisch das gleiche Geschäft schon einmal vorgelegt. Es ist damals zur Überraschung von Gemeinderat und Planungskommission zurückgewiesen worden.

Ich habe aus dem Protokoll dieser Sitzung die wichtigsten Gründe, die zur Ablehnung geführt haben, versucht aufzulisten: Man forderte mehr Informationen, vor allem über mögliche Neueinzonungen, der Planungshorizont von 15 Jahren sei unterschritten, die Rechtsgleichheit sei nicht gewahrt, die Gesamtopitik über die ganze Gemeinde fehle, die Kosten seien aufgrund der finanziellen Lage zu hoch, man müsse die Revision des Baugesetzes abwarten und die Dringlichkeit dieses Geschäftes sei nicht gegeben.

Wo stehen wir heute, zwei Jahre später? Den Planungshorizont von 15 Jahren haben wir 2010 fast erreicht. Als die letzte Revision 1995 abgeschlossen war, ruhte diese anschliessend noch zwei Jahre wegen Einsprachen. Das Baugesetz ist vom Grossen Rat genehmigt worden. Unmittelbare Auswirkungen auf unsere Teilzonenplanänderung sind nicht ersichtlich. Die Planungsbaustellen haben zugenommen, die Dringlichkeit ist noch grösser geworden. Die Rechtsgleichheit bei einer Teilzonenplanänderung ist grösser, als wenn wir immer nur punktuelle Planungen machen, die jedes Mal dem Einwohnerrat oder sogar Regierungsrat vorgelegt werden müssen. Der Gesamtopitik kann man mit einer Teilzonenplanrevision besser gerecht werden, bei Einzelplanungen ist dies wesentlich weniger der Fall. Der Unterschied von der heutigen Vorlage zur damaligen ist nicht gross. Heute haben wir vor allem eine offenere Vorlage. Wir gehen nicht mehr auf Details ein, welche in der letzten Vorlage kritisiert worden sind, sondern wir stellen Ihnen den Kredit im Grossen und Globalen vor.

Im Bericht von Wüest & Partner ist unsere Gemeinde aufgrund der zur Verfügung stehenden Zahlen beurteilt worden. Was ich Ihnen zeigen will (Max Läng zeigt und erklärt das Profil der Gemeinde Obersiggenthal am Hellraumprojektor): Bei der Bevölkerung sehen Sie beim Anteil alte Bewohner, dass unsere Bevölkerung im Vergleich zum Kanton überaltert ist. Der Anteil der jungen Einwohner und die Geburtenüberschüsse sind unterhalb des Kantonsmittels. Bei der Bautätigkeit und der Zunahme des Wohnungsbestandes sind wir knapp unter dem Mittel, hingegen sind wir beim Ranking Standortrating sehr gut bewertet. Stichtag der vorliegenden Zahlen ist 2007. Das Jahr 2008 mit der Zahlung an die APK ist nicht berücksichtigt. Bei der Steuerkraft pro Einwohner sind wir über dem Mittel. Hingegen, und das ist interessant, sind wir bei der Entwicklung der Steuerkraft im Zeitraum 2000 bis 2007 unterdurchschnittlich. Was sind die Gründe? Es dürfte mehrere Gründe haben. Zum einen dürfte es zusammenhängen mit der Überalterung. Erwerbstätige, die ein Einkommen haben, werden, wenn sie pensioniert werden, ein kleineres Einkommen erzielen. Es gibt noch andere Kriterien. Das ist der Steuerertrag bei den Aktiensteuern, welcher schwankt. Die Bautätigkeit ist unterdurchschnittlich. Ein Wegzug grosser Steuerzahler zwischen 2000 und 2007 ist nicht feststellbar. Auf der Rückseite des ausgeteilten Blattes sehen Sie aufgelistet die Chancen und Risiken. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Chancen und Risiken, wie sie hier aufgeführt sind, vom Büro Wüest & Partner und nicht etwa von den beteiligten Gemeinden erstellt wurden. Es liegt nun an den Gemeinderäten, diese Wertung zu prüfen. Vereinfacht kann man sagen, dass die Stärken von Obersiggenthal folgende sind:

- Obersiggenthal hat das höchste Standortrating
- Obersiggenthal hat gut ausgebaute Infrastrukturen
- Obersiggenthal hat ein gutes Angebot an Freizeit, Kultur und ÖV

Die Schwächen:

- Bevölkerung stagniert
- Obersiggenthal altert
- Steuerfuss noch gut, aber unter Druck

Welche Massnahmen müssen ergriffen werden, um die Stärken zu halten und den Schwächen begegnen zu können? Wir müssen grössere Anstrengungen in den Bereichen Bevölkerungswachstum und Bautätigkeit vornehmen. Die heutige Vorlage Zonenplanrevision geht genau in diese Richtung. Wir müssen planerische und finanzielle Vorleistungen machen, die später in Form von höheren Steuern zurückfliessen werden. Nachteile, die bei einer erneuten Ablehnung entstehen, sind folgende:

- Keine Gesamtperspektive, wie sich unsere Gemeinde entwickeln soll;
- wir haben viele planerische Einzelbaustellen, welche zeit- und kostenaufwendig für Gemeinderat, Verwaltung, aber auch für Bauwillige sind;
- die Bevölkerung stagniert, die Wahrscheinlichkeit guter neuer Steuerzahler bleibt dem Zufall überlassen.

Aus diesen Gründen bittet Sie der Gemeinderat, der Vorlage zuzustimmen.

Ursula Haag: Die SVP-Fraktion stimmt der Durchführung einer Teilzonenplanrevision zu. Im Antrag des Gemeinderates werden alle Gebiete aufgeführt, welche überarbeitet werden sollen und auch diese, welche von der Teilzonenplanänderung nicht behandelt werden. Uns fehlt in dieser Auflistung die Überprüfung der Gewerbezone. Bei dieser Teilzonenplanänderung sollte auch zwingend überprüft werden, ob in diesem Gebiet nicht auch eine Neueinzonung möglich ist. Es ist doch wichtig für unsere Gemeinde, auch attraktiv für das Gewerbe zu sein und nicht nur für die Wohnbevölkerung. Darum stellen wir einen

Zusatzantrag:

Bei der Teilzonenplanänderung (allgemeine Nutzungsplanung) muss auch eine mögliche Neueinzonung für Gewerbe überprüft werden.

Peter Frey: Die EVP-Fraktion unterstützt grundsätzlich diese Vorlage auch. Ich möchte mich mit meinen Voten dem Votum meiner Vorrednerin anschliessen. Wir bemängeln, dass gewerbliche, kleinindustrielle Belange in diesem Sinne, in dieser Vorlage nicht berücksichtigt erscheinen. Es kann zwar sein, dass es abgedeckt ist und nicht benötigt wird. Das habe ich nicht herausfinden können. Ich wollte nur noch sagen, was ich am Dienstag in der AZ gelesen habe: Von den 16 Gemeinden, die an der Chancen und Risiken-Analyse teilgenommen haben, sind wenigstens sechs Gemeinden dabei, die entweder wirtschaftsfreundlich sind oder viele Arbeitsplätze anbieten. Ich fragte mich, wie es in Nussbaumen aussieht. Wir sind mit 4.5 Prozent gerade so knapp beim kantonalen Schnitt dabei. Die Frage ist trotzdem, ob nicht mehr möglich ist. Von diesem Gesichtspunkt her unterstützen wir grundsätzlich die Vorlage, verbunden mit dem Wunsch, das Ganze unter dem industriellen und gewerblichen Fokus noch besser zu überprüfen.

Ueli Zulauf: Die SP-Fraktion steht diesem Geschäft kritisch gegenüber. Wir werden uns der Stimme enthalten. Wir bevorzugen qualitatives Wachstum und nicht quantitatives Wachstum. Man will jetzt gute Steuerzahler anlocken, indem man neues Bauland einzont und Gewerbebetriebe anlocken, indem man Gewerbeland einzont. Ich glaube zwar, dass man sich auch bemühen wird, qualitatives Wachstum zu erlangen, aber das kommt zu wenig klar zum Ausdruck. Es ist auch vom Gemeindeammann betont worden, das man Steuerzahler anlocken will. Das ist einfach nicht nachhaltig. Wir wissen, dass in der Schweiz jede Sekunde, jede Minute, so und so viele Quadratmeter Land überbaut werden und unser Land zersiedelt wird. Jede Gemeinde will für sich das Beste herausholen und wenn ein eingezontes Stück überbaut ist, muss das nächste eingezont werden. Das können wir doch nicht machen. Es wäre auch im Sinn dieser Studie, welche gemacht wurde, auf regionaler Ebene durch regionale Planung Gegensteuer zu geben. Auch durch die Zusammenschlüsse/Zusammenarbeiten von Gemeinden können dort die Bauzonen ausgeschieden werden, wo es ökologisch sinnvoll ist. Es geht aus dieser Vorlage zuwenig klar hervor, dass qualitatives Wachstum angestrebt wird und darum stehen wir dem Geschäft kritisch gegenüber. Wir haben ein Postulat vorbereitet, welches in diese Richtung zielt, welches den Gemeinderat beauftragen soll, in diese Richtung aktiv zu werden. Weil Hans-Ulrich Schütz krank war, ist das nicht möglich gewesen. Wir werden das aber umgehend nachholen und Sie werden an der nächsten Einwohnerratssitzung die Gelegenheit haben, darüber abzustimmen.

Dieter Marlin: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Bedarf gerechtfertigt ist, um den Antrag zu stellen. Das zeigen auch die Resultate dieser Studie. Die FDP unterstützt diesen Antrag.

Erich Schmid: Die CVP-Fraktion hat den Antrag geprüft und kontrovers diskutiert und ist zu breiten Meinungsäusserungen gekommen. Es ist in der Diskussion vor allem schon um die Resultate gegangen. Die Mehrheit unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Wir wollen aber jetzt schon anmelden, dass wir in den Bereichen Grüngürtel und in Dorfteilen, welche bis jetzt klar von anderen getrennt sind, keine Einzonungen wollen. Der Gemeinderat ist wahrscheinlich gleicher Meinung, dass diese Gebiete getrennt bleiben müssen, aber wir möchten bereits darauf hinweisen. Mehrheitlich stimmen wir dem Antrag zu.

Erich Rinderknecht: Wenn man in der Geschichte von Obersiggenthal zurückblickt, hat Obersiggenthal sehr profitiert, in dem es einen weisen Beschluss gefasst hat: Zum Beispiel einen guten Steuerzahler hier oben an der schönen Kante bauen zu lassen. Wenn ich nun höre, was Ueli Zulauf sagt, dann begreife ich diesen Vorstoss nicht. Wir haben das in Obersiggenthal mit Mass gemacht. Wir haben keine Zersiedlung angestrebt, aber wir hätten meiner Meinung nach mehr machen können, um gute Steuerzahler anzulocken und auch zu behalten. Unsere Steuerkraft zeigt, dass wir in diesem Bereich nicht so attraktiv sind. Inzwischen sind auch gewisse Veränderungen erfolgt. Ich war in diesem Rat, als man über die Neuntöterhecke, ja oder nein, diskutiert hat. Inzwischen ist es erschlossen. Als Biologielehrer bin ich nicht gegen den Naturschutz. Aber ich bin gegen so ein falsches Denken, dass wir auf keinen Fall etwas verändern dürfen. Diese Leute am Homberg sind nun wirklich nicht die Vögte von Obersiggenthal geworden. Sie haben uns viel ermöglicht und wir sind froh, dass wir solche Schulanlagen haben. Wir haben später in diesem Bereich zu wenig getan und wir haben gute Leute verloren, das zeigt Ennetbaden.

Max Läng: Ich möchte zum Votum von Ueli Zulauf noch etwas sagen. Auf die Diskussion über potente oder weniger potente Steuerzahler will ich nicht eingehen. Die Entwicklung in unserer Gemeinde in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass wir sehr zurückhaltend und massvoll mit Einzonungen umgegangen sind. Das wird nicht anders sein mit dieser Teilzonenplanrevision. Wir können nicht grosse Zonen einzonen, da wir mit überlagerten Schutzzonen und mit Bestimmungen des Kantons in Konflikt kommen würden. Aber wir wissen, dass wir eine Anzahl von Problemen haben, die wir lösen sollten. Die Praxis, die wir bis jetzt hatten, zeigt auch, dass wir in den grossen Baugebieten, welche in den letzten Jahren geplant und jetzt gebaut sind (Häfeler und Aesch) nicht grosse Luxusparzellen ausgeschieden haben, sondern im Gegenteil: Wir haben aufgepasst, dass verdichtet gebaut wird. Von diesem Grundsatz weichen wir nicht ab.

Andreas Schweizer: Die Meinungen scheinen gemacht. Ich will diese Anträge folgendermassen zur Abstimmung bringen: Wir stimmen über den SVP-Antrag zuerst ab. Wenn wir diesem zustimmen, wird er in den gemeinderätlichen Antrag integriert.

Abstimmung

Der Antrag der SVP-Fraktion "Bei der Teilzonenplanänderung (allgemeine Nutzungsplanung) muss auch eine mögliche Neueinzonung für Gewerbe geprüft werden" wird mit 23 ja, 7 nein und 5 Enthaltungen angenommen.

Der gemeinderätliche Antrag "Für die Durchführung einer Teilzonenplanänderung (allgemeine Nutzungsplanung) wird ein Kredit von 142'000 Franken bewilligt" wird mit dem Antrag der SVP-Fraktion ergänzt und mit 25 ja-Stimmen, 1 nein-Stimme und 9 Enthaltungen genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

10 2009.134 Umfrage

Adrian Schmid: Im Moment ist wieder die Zeit der Rechnungsrevisionen. Letzte Woche war ich im Hallen- und Gartenbad und habe dort die Arbeit, auch im Namen der Finanzkommission, gemacht. Dort ist das Reporting aufgelegt. Das ist ein Bericht vom Hallen- und Gartenbad, bestehend aus zwei Büchlein im Umfang von sechs und zehn Seiten. Inhaltlich berichtet es über das Geschehen in diesem Bad, enthält statistische Werte und Besucherzahlen, Schülerzahlen, Energie- und Wasserverbrauch und Kosten. Es war ein gutes Jahr fürs Hallenbad, ein schlechtes fürs Freibad. Für die Gemeinde ergibt es einen Fehlbetrag von 365'000 Franken ohne Sanierungen. Ich möchte erwähnen, dass sich Mitarbeitende mit vielen neuen Ideen, zum Beispiel der Sommernachtsbeleuchtung oder der weihnachtlichen Dekoration im Hallenbad, engagieren. Weitere Ideen waren zum Beispiel die Gutscheine, die freundlich und schön gemacht sind. Ich habe eine Frage an den Gemeinderat und zwar im Zusammenhang mit dem Reporting. Mich würde es in Bezug auf das Halbjahresreporting, welches Mitte Jahr gemacht wird, interessieren, wer diesen Bericht braucht und wer diese Daten benötigt. Ich möchte bemerken, dass Statistiken in der laufenden Saison sehr problematisch sind, weil diese Daten nicht sauber abgegrenzt werden können und von da her nicht perfekt und sehr fragwürdig und vor allem nicht aussagekräftig sind.

Fabian Humbel: Es ist richtig, dass es gewisse Schwierigkeiten mit dem Halbjahreszeitpunkt gibt. Das haben wir bereits im Gemeinderat und im Vorstand diskutiert. Es ist ein Teil des Leistungsauftrags und es ermöglicht uns einen rückwirkenden Vergleich auf diesen Zeitpunkt. Wir haben Interesse daran, im Halbjahresturnus einen Überblick zu haben. Der Betrieb ist Ende Jahr wie auch in der Jahreshälfte in vollem Gange. Somit wären wir immer zwischen Stuhl und Bank. Es gibt uns einen Bezug zum Vorjahr und ist deshalb wichtig. Ich nehme das Votum gerne mit. Wenn wir das nächste Mal den Leistungsauftrag prüfen, wird dies sicher Teil der Diskussion sein. Das Halbjahresreporting ist aus dem Grund kürzer gefasst, damit wir nicht übermässig viel Aufwand haben. Danke für das Votum.

Erich Rinderknecht: Ich lese Ihnen eine Stellungnahme vor: In der Kandidaten-Kolumne der Aargauer Zeitung vom Samstag, 28. Februar 2009, schrieb die inzwischen wieder gewählte FDP-Grossrätin Maya Wanner von Würenlos unter anderem folgenden Abschnitt: "...Die am meisten befahrenen Verkehrsadern der Schweiz führen durch das Limmattal. Die Belastung durch Personen- und Güterverkehr ist sehr hoch. Massnahmen für flüssigen Verkehr, wie zum Beispiel eine Entlastung Badens mit einem Tunnel durch den Martinsberg, gute Angebote des ÖV sowie eine gerechte Verteilung des Fluglärms erachte ich vor diesem Hintergrund als dringlich...". Was halten unsere fünf frischgewählten Obersiggenthaler Grossräte, insbesondere unsere beiden Gross- und Gemeinderäte, von dieser Aussage? Gedenken sie dieser Forderung öffentlich zu entgegnen? Es kann ja wohl nicht in unserem Interesse sein, dass durch einen "Martinsberg-Tunnel" (kurze und rasche Verbindung zur A1) der Zapfen "Schulhausplatz Baden" entlastet wird und dadurch die Schleuse zu noch mehr Durchgangsverkehr in Obersiggenthal geöffnet wird.

Max Läng: Ich habe das auch gelesen und mich gefragt, ob Maja Wanner als FDP-Grossrätin mit Stephan Attiger von der Stadt Baden redet. Der Vorstoss geht völlig an der Realität vorbei. Man ist seit einigen Jahren schon an der Planung des Schulhausplatzes und es deutet wirklich gar nichts darauf hin, dass wir einen Tunnel durch den Martinsberg machen. Das sind Gedanken, die ich nicht nachvollziehen kann. Interessant hingegen ist für uns der Petersbergtunnel. Dieser würde von Untersiggenthal unter dem Petersberg durch entweder auf die A3 oder A1 führen. Das würde eine Entlastung für die Region Baden, respektive für Obersiggenthal und Baden, bringen. Es kann keine Rede davon sein, und wir würden uns mit allen Mitteln wehren, dass wir einen Durchstich durch den Martinsberg machen. Das ist eine uralte Planungsleiche, welche wieder hervorgeholt wurde. Die Leidtragenden wären wir und es gäbe keine Verbesserung des Verkehrsflusses in unserer Region.

Ueli Zulauf: Ich stelle fest, wir führen die Diskussion von vorhin weiter, als wir über den Zonenplan gesprochen haben. Was wir jetzt gehört haben, ist genau die Fortsetzung davon. Ein leicht nachhaltiges Wachstum, welches zu mehr Verkehr und mehr Strassen führt und Obersiggenthal zwar verschont, aber Untersiggenthal hat danach den Durchgangsverkehr, weil grössere Bauzonen im unteren Aaretal mehr Verkehr verursachen. Aber das nur am Rande. Mein eigentliches Anliegen ist im Prinzip das gleiche wie die SVP vorhin in ihrem Antrag vorgebracht hat. Es geht aber nicht um eine Neueinzonung, sondern um eine Parzelle in unserer Gemeinde, welche wir im Einwohnerrat vor ein paar Jahren verkauft haben mit der Absicht, Arbeitsplätze anzusiedeln. Es geht um die Parzelle vis-à-vis Restaurant Breite, welche mit einer Baracke bebaut ist. Wir haben die Parzelle damals verkauft an einen Käufer, welcher in Aussicht gestellt hat, dass er dort einen Betrieb bauen und Arbeitsplätze ansiedeln will. Das wurde im Rat ganz klar debattiert und wir haben dieser Absicht zugestimmt. Jetzt sind es wohl bald zehn Jahre her, dass dort nichts passiert ist. Auch wenn ich die Gründe des Käufers nicht verstehen kann, finde ich es nicht in Ordnung, dass ein klarer Beschluss des Einwohnerrates missachtet worden ist. Ich habe es vor ein paar Monaten schon mal gesagt: Ich fordere den Gemeinderat auf, in dieser Sache aktiv zu werden, und zwar mit Druck. Man liest ja täglich, was man mit Druck erreichen kann. Es sind schon ganz andere Sachen erreicht worden. Und ich möchte den Gemeinderat wirklich auffordern, jetzt aktiv zu werden. Dann kann er nämlich unser Postulat umsetzen und in diesem Bereich etwas erreichen.

Max Läng: Der Gemeinderat ist in dieser Angelegenheit aktiv und zwar dahingehend, dass er immer wieder den Kontakt mit dem Eigentümer gesucht hat. Aber der Gemeinderat hat keine rechtliche Handhabe, ihn zum Bauen zu zwingen. Die Gründe, weshalb er nicht baut, kann ich Ihnen nicht nennen; das sind private Gründe. Wir haben keine rechtliche Handhabe, den Grundeigentümer zum Bau oder Verkauf zu zwingen. Es ist bedauerlich, aber wir können es nicht ändern.

Linus Egger: Stichwort Trotte Kirchdorf. Wir alle wissen, in welchem schlechtem Zustand das Gebäude ist. Wir müssen damit rechnen, dass beim nächsten richtigen Windstoss gewisse Ziegel oder das ganze Dach abgedeckt werden. Dies kann Schäden, bis hin zu Personenschäden, verursachen. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob er weiss, was mit dieser Liegenschaft geht? Die Kirchdorfer Bevölkerung und mich würde es interessieren.

Max Läng: Wir haben das bereits zur Kenntnis genommen und an den Hauseigentümer weitergeleitet. Das war vor zwei Tagen und bis jetzt haben wir noch keine Antwort erhalten.

Patrick Hehli: Als regelmässiger Benützer und Besucher der Sport- und Turnhallen in unserer Gemeinde muss ich immer wieder feststellen, dass viele Sportler fürs Training oder einen Match Getränke in einer PET-Flasche mitnehmen und diese PET-Flaschen dann im normalen Abfall entsorgen, weil wir keine PET-Sammelstellen haben. Meine Frage: Hat man schon einmal in Betracht gezogen, wenigstens in den Sport- und Turnhallen eine PET-Sammelstelle aufzustellen, damit die Möglichkeit der korrekten Entsorgung besteht und nicht im üblichen Kehricht erfolgen muss.

Hans Rudolf Hess: Ich nehme den Vorschlag gerne entgegen.

Hans Peter Uehli: Ich möchte Ihnen das Mentoring näher bringen. Mentoring ist eine ehrenamtliche Begleitung von Jugendlichen, welche eine Lehrstelle oder ein Praktikum suchen. Therese Schneider hat diesen Dienst unter der Leitung vom Jugendnetz im Einwohnerrat schon einmal vorgestellt. Der Begriff Mentoring klingt wissenschaftlich und kompliziert, ist es aber nicht. Ich habe in den letzten zwei Monaten eine Realschülerin aus Untersiggenthal betreut. Dabei ist es zuerst darum gegangen, bei mehreren Berufswünschen sich auf den Beruf zu konzentrieren, bei welchem sie auf Grund ihrer Stärken die grössten Chancen hat. Dann haben wir zusammen den Motivationsbrief für die Bewerbung verbessert und in einem Rollenspiel ein Telefongespräch eingeübt. Die Schülerin ist überglücklich. Sie hat nach kurzer Zeit eine Schnupperwoche in einem Spital gemacht und wurde für ein Praktikumsjahr als Fachfrau Gesundheit (FAG) eingestellt. Mentoring ist wirklich einfach. Jeder von Ihnen könnte das ma-

chen. Zudem wäre Mentoring eine ideale Gelegenheit, selber zu erleben, dass soziale Unterstützung nicht unbedingt teuer sein muss und eine Gelegenheit, den persönlichen Tatbeweis für seine eigene soziale Einstellung und Kompetenz zu erbringen. Darum bitte ich alle Mitglieder des Einwohnerrates, sich beim Leiter des Jugendnetzes, Wimi Wittwer, zu melden. Der ideale Einstiegszeitpunkt ist jederzeit, auch wenn erst nach den Sommerferien der Startschuss für die Lehrstellensuche fällt.

Andreas Schweizer: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir liegen, wie letzten Donnerstag, gut in der Zeit. Treffpunkt ist im Restaurant Haldengut. Wir kommen erst im Sommer wieder zusammen. Bis dahin eine gute Zeit.

Der Präsident:

Andreas Schweizer:

Der Protokollführer:

Stefan Ackermann